FREI LEBEN IN VIELFALT
FÜR EIN QUEERES UND LIBERALES BERLIN!

Berlin ist die Regenbogenhauptstadt Europas: vielfältig und frei. Hier wird queeres Leben selbstbewusst gelebt, gefeiert und verteidigt wie an kaum einem anderen Ort. Doch mit dieser Vorreiterrolle wächst auch die Verantwortung: Sichtbarkeit braucht Schutz, Freiheit braucht politische Rückendeckung.

Für uns Freie Demokraten ist Queerpolitik zentraler Ausdruck unserer liberalen Grundüberzeugung: Jeder Mensch soll selbstbestimmt leben können, unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Herkunft oder Lebensmodell. Wir treten ein für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt in der Mitte der Gesellschaft und konsequenten Schutz vor Diskriminierung. Denn das freieste Berlin ist ein Berlin, in dem queere Menschen selbstverständlich sicher und sichtbar leben können: in allen Kiezen, in allen Lebensphasen, immer und überall.

1. SICHTBARKEIT UND GLEICHSTELLUNG STÄRKEN

Freiheit braucht Sichtbarkeit! In einer liberalen Stadt muss queeres Leben überall erkennbar willkommen und rechtlich abgesichert sein: gerade in der Verwaltung, im Berufsleben, in der Öffentlichkeit. Wir schaffen Rahmenbedingungen, die Vielfalt nicht nur zulassen, sondern fördern. Daher wollen wir folgende Themen verändern:

- **Behördliche Gleichstellung**: Wir verpflichten alle Berliner Behörden, queere Belange aktiv zu berücksichtigen. Dazu gehören inklusive Formulare, Ansprechpersonen für LGBTQIA*-Beschäftigte sowie Diversity-Schulungen.
- **Gleichbehandlung im Arbeitsleben**: Wir fördern queere Netzwerke in öffentlichen Unternehmen, Verwaltung und Wirtschaft. Die Berliner Landesunternehmen sollen Vorbilder für inklusive Unternehmenskultur werden.
- **Keine öffentlichen Aufträge für Feinde der Freiheit**: Öffentliche Auftragsvergabe wird durch neue Vergabekriterien an Vielfalt gekoppelt. Unternehmen, die interne Diversity-Strategien, Antidiskriminierungskonzepte oder queere Netzwerke fördern, sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge positiv berücksichtigt werden.
- **Vielfalt als Standortvorteil:** Wir Freien Demokraten fordern, dass das Land Berlin Vielfalt als Standortvorteil hervorhebt, um im Kontext autoritärer Entwicklungen weltweit gezielt internationale Fachkräfte anzuziehen und die Stadt als offenen, sicheren und zukunftsorientierten Lebens- und Arbeitsort zu positionieren.

2. SELBSTBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN – KONKRET UND UNBÜROKRATISCH

Niemand kennt das eigene Leben besser als die jeweilige Person selbst! Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die Selbstbestimmung nicht blockiert, sondern ernst nimmt und unterstützt – durch klare Verfahren, respektvolle Sprache und diskriminierungsfreie Angebote im Gesundheits- und Sozialwesen. Das bedeutet konkret:

- **Selbstbestimmungsgesetz erhalten**: Wir sorgen dafür, dass das neue Bundesgesetz zur Änderung von Geschlechtseinträgen und Namen in Berlin diskriminierungsfrei, zügig und bürgerfreundlich umgesetzt bleibt.

- **Zugang zu Gesundheitsversorgung sichern**: Wir setzen uns für den barrierearmen Zugang zu Transitionen, psychologischen Beratungsangeboten und medizinischer Versorgung ein. Es braucht ein strukturiertes Angebot queersensibler Versorgung im ganzen Stadtgebiet, insbesondere im Umgang mit Trans*Identitäten.
- **Geschlechtliche Vielfalt sichtbar machen**: Alle Berliner Verwaltungsbereiche und Formulare sollen auch inter und non-binäre Geschlechtsidentitäten respektieren und abbilden. Ebenso müssen Inter- und non-binäre und Trans*Personen rechtlich, gesundheitlich und gesellschaftlich anerkannt werden.

3. SCHUTZ VOR GEWALT UND DISKRIMINIERUNG

Freiheit endet dort, wo Angst beginnt! Queerfeindliche Gewalt ist trauriger Alltag, auch in Berlin. Wir nehmen das nicht hin. Queere Menschen müssen sich sicher fühlen – auf der Straße, in Clubs und in Behörden. Der Rechtsstaat muss hier Vorbild sein und klare Haltung zeigen: durch Schutz, Aufklärung und Konsequenz. Folgende Punkte sehen wir hierbei als relevant an:

- **Queerfeindlichkeit bekämpfen**: Queerfeindliche Gewalt muss klar benannt, sichtbar gemacht und konsequent mit Haltung und Härte verfolgt werden. Wir setzen uns für Schulungen in der Polizei, Justiz und Verwaltung zur Sensibilisierung für queerfeindliche Gewalt und Hasskriminalität ein.
- **Online-Hass gezielter erfassen und verfolgen:** Queerfeindlichkeit im Netz muss konsequent verfolgt werden. Wir wollen spezialisierte Cyber-Ermittlungsgruppen der Berliner Polizei mit LGBTQIA*-Expertise.
- **Besondere Schutzräume**: Berlin muss sich stärker für Schutzunterkünfte und Beratungsangebote für queere Menschen, insbesondere queere Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte engagieren.
- **Mobile Ansprechbarkeit**: Wir fordern mobile und niedrigschwellige Ansprechstellen (z. B. queersensible Polizei- oder Sozialdienste) für queere Menschen im öffentlichen Raum, bei Großveranstaltungen und im Nachtleben zu etablieren und zu fördern.

4. QUEERFREUNDLICHE BILDUNG UND AUFKLÄRUNG

Aufklärung ist der beste Schutz! Diskriminierung entsteht oft aus Unwissen oder Unsicherheit. Eine moderne Bildungspolitik muss die Lebensrealität queerer Menschen sichtbar machen – in Lehrplänen, Schulbüchern und pädagogischer Praxis. Denn wer früh Vielfalt kennenlernt, wird später eher für sie einstehen. Deshalb möchten wir folgende Punkte umsetzen:

- **Vielfalt im Lehrplan stärken**: Jedes Kind hat das Recht, sich selbst im Unterricht wiederzufinden. Bildung muss die Realität aller jungen Menschen widerspiegeln. Dazu gehört die fächerübergreifende Thematisierung von geschlechtlicher Vielfalt und sexueller Identität in seiner vollen Breite. Schulbücher, Medien und Materialien sollen die Lebensrealität queerer Menschen sichtbar machen.
- **Aufklärung und Prävention sichern**: Wir stehen zu Projekten, die sexualpädagogische und gewaltpräventive Bildungsarbeit an Schulen, Jugendzentren und Sportvereinen ohne Ideologie, aber mit Respekt vor Vielfalt leisten. Die Koordinierung in der Bildungsverwaltung muss gesichert werden. So können Projekte gebündelt, Fortbildungen gesteuert und Schulmaterialen evaluiert werden.
- **Lehrkräfte stärken**: Pädagogisches Personal soll verpflichtend zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt aus- und fortgebildet werden.

5. QUEERE MENSCHEN IN ALLEN LEBENSLAGEN UNTERSTÜTZEN

Queer sein ist keine Phase: es prägt Menschen ein Leben lang! Ob beim Coming-out, in der Familiengründung oder im Alter: Queere Menschen haben besondere Bedürfnisse, die die Politik oft übersieht. Daher möchten wir Folgendes umsetzen:

- **Kinderwunsch und Familienvielfalt**: Eine zusätzliche Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch das Land Berlin muss auch für queere unverheiratete, alleinstehende Personen und gleichgeschlechtliche Partnerschaften gelten. Auf Bundesebene fordern wir eine diskriminierungsfreie Regelung durch die Krankenkassen.
- **Regenbogenfamilien anerkennen**: Liebe macht Familie, nicht Bürokratie. Ob zwei Mütter, zwei Väter oder mehr als zwei Sorgeberechtigte: Kinder brauchen Sicherheit und Verantwortungsbereitschaft, nicht rechtliche Grauzonen. Wir schaffen ein Familienrecht, das alle respektiert und berücksichtigt. Zudem muss sich Berlin für die Reform beim Abstammungsrecht einsetzen.
- **Queer im Alter**: Wir setzen uns für queersensible Altenpflege, inklusive Pflegeausbildung und -konzepte sowie alternative Wohnformen für ältere LGBTQIA*-Menschen ein. Bestehende Angebote werden sichtbar gemacht, neue gezielt unterstützt.

6. VIELFALT FEIERN UND FÖRDERN

Queere Kultur ist ein lebendiger Teil unserer Stadt und unserer Geschichte! Clubs, Festivals und Community-Projekte prägen Berlin als Regenbogenhauptstadt Europas und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Wir schützen diese Räume und geben ihnen Rückendeckung, damit sie auch künftig Orte der Begegnung, der Sichtbarkeit und des Empowerments bleiben. Ab 2026 möchten wir deshalb folgendes erreichen:

- **Queere Kultur sichern**: Queere Clubs sind mehr als Tanzflächen. Sie sind sichere Freiräume und Labor für liberale Lebensweisen. Wir schützen und unterstützen diese Kultur: von queeren Festivals über queere Archive bis hin zu Community-Projekten.
- **Lebendige Szene**: Damit queere Kultur weiterhin bestehen und wachsen kann, wollen wir bürokratische Hürden abbauen. Lärmkonflikte, Bau- und Nutzungsauflagen sowie Genehmigungsverfahren dürfen nicht zu Existenzbedrohungen führen. Wir setzen uns dafür ein, dass die berechtigten Interessen des Lärmschutzes und der Stadtentwicklung mit den Bedürfnissen von Gastronomie und Clubkultur in Ausgleich gebracht werden.
- **Tourismus und Events**: Queere Großveranstaltungen wie CSDs, LGBTIQ*-Sportturniere oder Filmfestivals sind integraler Bestandteil der Berliner Stadtmarke. Wir geben diesem starken wirtschaftlichen Potential Raum.
- **Internationale Verantwortung**: Wir setzen uns für queere Menschenrechte weltweit ein – durch Partnerschaften mit queeren Leuchtturmstädten, gezielte Stipendienprogramme und die Aufnahme besonders gefährdeter queerer Geflüchteter.

7. FREIHEIT – AUCH IM SEXLEBEN

Selbstbestimmung endet nicht an der Schlafzimmertür! Wer sich frei entfalten will, muss auch über den eigenen Körper und die eigene Sexualität entscheiden dürfen – ohne staatliche Bevormundung, ohne Stigmatisierung. Doch genau das erleben viele Menschen in der Sexarbeit noch immer: Kontrolle statt Schutz, Misstrauen statt Respekt. Folgende konkrete Punkte möchten wir ändern:

- **Freiwillige Sexarbeit**: Wir lehnen jede Kriminalisierung freiwilliger Sexarbeit entschieden ab. Ein Sexkaufverbot verdrängt Sexarbeit aus dem öffentlichen Raum, entzieht Betroffenen Schutz und trifft vor allem jene, die ihren Beruf selbstbestimmt ausüben. Wir fordern daher den diskriminierungsfreien Zugang zu freiwilligen Gesundheitsleistungen wie z.B. PrEP, die Abschaffung des sogenannten „Hurenpasses“ sowie den Verzicht auf verpflichtende, oft stigmatisierende Gesundheitsberatungen. Die behördliche Kontrolle muss dort ansetzen, wo konkrete Hinweise auf Ausbeutung bestehen.
- **Reform des Prostituiertenschutzgesetzes**: Das Prostituiertenschutzgesetz ist praxisnah zu reformieren. Sexarbeitende müssen von Bürokratie entlastet werden. Langfristig sollen Sexarbeitende die Möglichkeit erhalten, Arbeitsverträge abzuschließen, insbesondere mit dem Recht, jederzeit Leistungen oder Kund*innen abzulehnen.
- **Elendsspirale beenden:** Statt „Elendsprostitution“ zu verfolgen, soll Berlin auf niederschwellige Hilfe, soziale Unterstützung und echte Ausstiegsperspektiven setzen.